



Steffen Lehndorff:
Gewerkschaften in der EU

Otto König/Richard Detje:
Sozialpartnerschaft ade?

Beiträge u.a. von

Gine Elsner, Stephanie Odenwald, Thomas Kuczynski, Wolfgang Müller, Hinrich Kuhls, Joachim Bischoff, Axel Troost/Reinald Ötsch, Erhard Korn

**Forum
Gewerkschaften**

**BEN
JENNINGS**

SORRY,
SEAT'S TAKEN

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Zum Beispiel zu

Bildung auf einen Blick 2019

Deutschland reproduziert und
verschärft nach wie vor in seinem
Bildungswesen die soziale Spaltung
in der Gesellschaft.

Zu den Fed-Zinssenkungen:

Vorbeugung gegen die Talfahrt der Ökonomie

Die erneute Leitzinssenkung der US-
Notenbank hat den amerikanischen
Präsidenten Donald Trump keines-
wegs zufriedengestellt. Er erneuerte
seine grundsätzliche Kritik an der
Politik der Notenbank.

Oder zum Nahen & Mittleren Osten

Maximaler US-Druck ... gegen missliebige Energieproduzenten

Wer sich durch die Initiative von
Emmanuel Macron im Rahmen des
G7-Gipfels in Biarritz, die beiden
Kontrahenten im USA-Iran-Kon-
flikt einander wieder näher zu brin-
gen, Hoffnungen auf Verhandlung-
gen zu einer Krisenlösungen gemacht
hatte, wurde mit dem Drohnen- und
Raketenangriff auf das Herzstück der
saudi-arabischen Erdölindustrie ei-
nes Besseren belehrt.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent*innen und
Leser*innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Krisenherde

Wolfgang Müller: Mit Mao-Zitaten und US-Flaggen gegen China
Die Demonstrationen in Hongkong und ihre Hintergründe 2

Hinrich Kuhls: Die Staats- und Verfassungskrise im Vereinigten Königreich
Der Chaos-Brexit als Souveränitätsfalle und ökonomische Katastrophe 7

Sozial-ökologische Transformation

Redaktion Sozialismus:
Nachhaltigkeitsrevolution und Green New Deal 13

Axel Troost/Reinald Ötsch:
CO₂-Preis – weder Superheld noch Superschurke 19

Joachim Bischoff: Ziel – eine ausgewogene Wirtschaft – was kümmert uns da
ein Defizit? Anmerkungen zur Modern Monetary Theory 21

Michael Wendl:
Geldschöpfung und Geldpolitik 26

Bernhard Müller: »Altersarmut wird uns mit Wucht überrollen«
Neue empirische Befunde 32

DDR-Bilanz

Thomas Kuczynski: Woran ist der Sozialismus in der DDR gescheitert?
Was bei einer Wirtschaftsgeschichte bedacht werden muss 39

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Sozialpartnerschaft adé? Im Windschatten des
Abschwungs – Arbeitgeber-Angriffe auf Mitbestimmung und
Flächentarifverträge 46

Steffen Lehndorff: Aus der Balance geraten. Das Verhältnis von
Gewerkschaften, Tarifvertragssystemen und Staat in der EU 51

Geschichte und Feminismus

Gine Elsner: »Gestern haben wir angesegelt«
Die deutsche Wehrmacht in Norwegen 58

Erhard Korn: 100 Jahre Rotes Wien
Ein Beispiel linker Kommunalpolitik 1919-1934 60

Stephanie Odenwald: Feminismus für die 99 Prozent (zu Arruzza/
Bhattacharya/Fraser, Feminism for the 99%. A Manifesto) 66

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 67

Veranstaltungen & Tipps 68

Marion Fisch: Und der Zukunft zugewandt (Filmkritik) 69

Sozialpartnerschaft ade?

Im Windschatten des Abschwungs: Arbeitgeber-Angriffe auf Mitbestimmung und Flächentarifverträge

von ■ Otto König und Richard Detje



20.2.2019, Stuttgart (Foto: dpa)

In den zurückliegenden Jahren kannte die deutsche Wirtschaft nur eine Richtung: nach oben. Seit Wochen nehmen jedoch die negativen Nachrichten zu – von einem »Stimmungswechsel« in den Betrieben ist die Rede. Autokonzerne und Zulieferer haben ihre Prognosen für das laufende Jahr gesenkt. Unternehmen warnen Anleger vor Gewinneinbrüchen. Täglich gibt es neue Hiobsbotschaften: Sie reichen von Produktionskürzungen über Kurzarbeitsanzeigen bis zu Personalabbau und Werks-

schließungen. Industriekonzerne wie thyssenkrupp und Siemens, aber auch Finanzdienstleister wie die Deutsche Bank und die Commerzbank wollen tausende Stellen streichen. Zulieferbetriebe der Automobilindustrie sind ins Schlingern geraten.

Der konjunkturelle Abschwung hat vor allem Deutschlands industrielle Schlüsselbranche – die Metall- und Elektroindustrie – erfasst. Nach einem Rückgang um 1,6% im ersten Quartal ist die Produktion auch im zweiten Jahres-

viertel um 2,4% zum Vorquartal gesunken. In den kommenden Monaten droht sich diese Negativentwicklung zu verstärken. Denn noch mehr als die Produktion sind die Auftragseingänge eingebrochen: im 1. Halbjahr 2019 (gg. 1. Hj. 2018) um 6,2%, in der Metallherzeugung und -bearbeitung sogar um 10,6% (Abbildung 1). »Lange freute sich die Branche, die rund vier Millionen Menschen beschäftigt, über volle Auftragsbücher. Doch damit ist es vorerst vorbei: Im Juli gaben 30 Prozent der Unter-

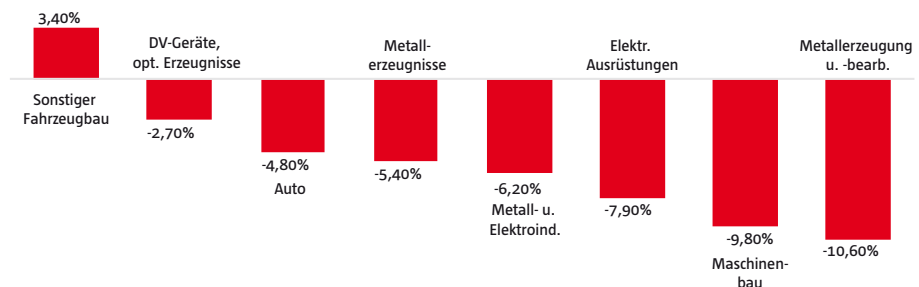
nehmen einen »Auftragsmangel« als Hauptgrund für Produktionsbehinderungen an«, schreibt das *Handelsblatt* (9.8.2019).

Eine aktuelle Umfrage der IG Metall-Bezirksleitung Stuttgart untermauert diese Entwicklung: 36,7% der befragten Betriebsräte bewerten die Lage in den baden-württembergischen Unternehmen als schlecht, 7,8% sogar als sehr schlecht. Nur in wenigen Betrieben wird sie noch als gut (12,7%) oder sehr gut (3%) beschrieben – Ende letzten Jahres waren es noch 34,9 bzw. 17,8% gewesen. Vor allem im Maschinenbau überwiegt die Skepsis: 54,3% der Betriebsratsgremien sehen die Auftragslage als schlecht und 14,3% als sehr schlecht an. Im Automobil- und Zuliefererbereich stellt sich die Lage mit 34,9% (schlecht) und 16,3% (sehr schlecht) nur wenig besser dar. Jeder zweite Betriebsrat erwartet für die nächsten drei bis sechs Monate eine weitere Verschlechterung (s.a. Abbildung 2).

Die Autobranche hat im Juni fast ein Viertel weniger Fahrzeuge produziert als vor einem Jahr, seit Januar liegt das Minus bei zwölf Prozent. Das CAR Institut der Universität Duisburg-Essen schätzt, dass der weltweite Autoabsatz 2019 den größten Einbruch seit 20 Jahren erleben wird. Die Verkäufe sind nicht nur hierzulande eingebrochen, sondern auch in China, dem Hauptabnehmer für BMW, VW und Mercedes. Konzerne wie Ford, Audi und Opel kündigten bereits Kurzarbeit und Stellenabbau an. Die börsennotierten Zulieferer Continental und Schaeffler haben ihre Erwartungen für das laufende Jahr deutlich zurückgeschraubt. ZF in Friedrichshafen rechnet mit einem Umsatzrückgang in Milliardenhöhe. Beim Branchenprimus Bosch stehen im Diesel-Bereich weitere Stellen auf der Kippe. Mahle in Stuttgart ist auf Sparkurs und schließt eines seiner Werke, das an der Verbrenner-Technologie hängt. Continental-Chef Elmar Deegenhart will notfalls ganze Sparten abstoßen. Die Folgen der schwächelnden Autokonjunktur machen sich bereits in angrenzenden Branchen wie der chemischen Industrie bemerkbar.

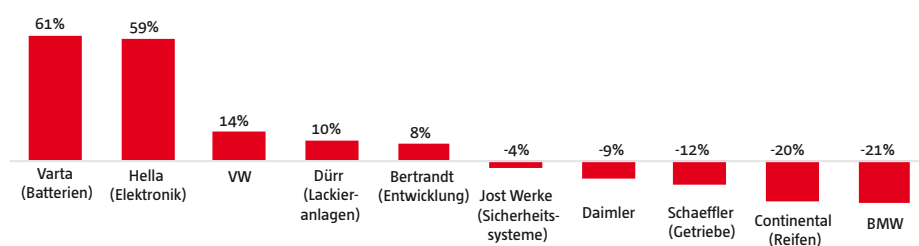
Von einer Rezessionsgefahr gehen jetzt auch die Forscher des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroöko-

Abbildung 1: Auftragseingänge in Teilbranchen der Metall- und Elektroindustrie
1. Hj. 2019 gg. 1. Hj. 2018



Quelle: IG Metall, Ressort Koordination Branchenpolitik: Wirtschaft Aktuell Nr. 6, August 2019

Abbildung 2: Gewinnprognosen von Automobilkonzernen 2019
in % gg. 2018



Quelle: Focus Online

nomie und Konjunkturforschung (IMK) aus. Für den Zeitraum von September bis Ende November weist das Frühwarnsystem des IMK ein stark angewachsenes Risiko für eine schrumpfende Wirtschaft von 59,4% auf – nach 43% im August. Das ist der höchste Wert seit dem Winterhalbjahr 2012/13, als die Konjunktur während der Hochphase der sogenannten »Eurokrise« eine technische Rezession durchlief – zwei Quartale mit schrumpfender Wirtschaftsleistung. IMK-Chef Sebastian Dullien: »Die Konjunktur steht derzeit echt auf der Kippe.«²

Bisher ist diese Entwicklung noch nicht auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen. Die Kurzarbeiter-Quote ist nach wie vor moderat. Laut Bundesagentur für Arbeit gab es zuletzt in sieben Prozent der Unternehmen Kurzarbeit. Allerdings, so geht aus der Umfrage der IG Metall Baden-Württemberg hervor, erfolgt derzeit ein z.T. rasanter Abbau der Zeitguthaben. Mittlerweile wird in zwei Dritteln der Unternehmen keine Mehrarbeit mehr geplant, vielfach dagegen schon Personalabbau: zunächst bei der Leiharbeit (38,8% der Betriebe) sowie bei befristeter Beschäftigung (37,6%). Und »fast 16 Prozent der Betriebsräte melden schon, dass es jetzt an die Stammelegschaft

geht«, stellt IG Metall-Bezirksleiter Roman Zitzelsberger alarmiert fest

Angriffe auf zentrale gewerkschaftliche Handlungsfelder

Mit dem wirtschaftlichen Stimmungswechsel trübt sich auch das Verhältnis zwischen den Betriebsparteien sowie zwischen Unternehmensverbänden und Gewerkschaften ein. Noch gibt es ein größeres Lager derjenigen, die in den Betrieben den »Geist der gemeinsamen Lösungssuche« in schwerer werdenden Zeiten propagieren. Doch es wachsen die Kreise jener, die einer Strategie des »Durchziehens ohne Rücksicht auf Verluste« den Vorzug geben.

Den Auftakt machte BDI-Präsident Dieter Kempf im Juni dieses Jahres, als er Kanzlerin Merkel »mutloses Abarbeiten kleinteiliger Politikfelder« vor-

Otto König ist Mitherausgeber, Richard Detje Redakteur von *Sozialismus.de*.

¹ IG Metall Bezirksleitung Stuttgart: Wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Lage und Aussichten. 12. Stimmungsbarometer, September 2019. An der Umfrage haben sich im Zeitraum vom 2. bis 11.9. etwa 200 Betriebsräte aus dem gesamten Organisationsbereich der IG Metall im Bezirk Stuttgart beteiligt.

² Vgl. auch Joachim Bischoff: Rezession am Horizont, *Sozialismus.deAktuell*, 6.9.2019.

**Forum
Gewerkschaften**

Zukunft der AutoMobilität

Konferenz zur notwendigen Verkehrswende

Am **25. Oktober 2019**,
von **10 bis 16.30 Uhr**,
Deutscher Bundestag, Berlin

Die Fraktion will Akteur*innen aus der Umwelt- und Gewerkschaftsbewegung eine Plattform des Austausches bieten, um die ökologischen, sozialen und industriepolitischen Rahmenbedingungen der Transformation der Autoindustrie abzustecken.

Weitere Informationen und Anmeldung unter linksfraktion.de/termine

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

V.i.S.d.P. Sevim Dağdelen, Caren Lay, Jan Korte

Die Tagung am 26. und 27.
Oktober



Workshops, Podien, Diskussionen und Branchentreffen

► mit betrieblich & gewerkschaftlich Aktiven von Amazon, Daimler, Post, Uni Unbefristet, Delivery, IG BCE, Deliveroo, Krankenhäusern...

► zu Themen von A - wie Apathie überwinden, über D wie Demokratie, M wie Managementmethoden, bis T wie Tarifarbeit und U wie Union Busting

► für Aktive in Betrieben, Gewerkschaften und Solidaritätskreisen

Voneinander lernen -
Mut und Stärke entwickeln

Anmeldung und weitere Infos unter <https://okg-konferenz.blogspot.com>

Forum Gewerkschaften

warf und der GroKo das Fehlen eines wirtschaftspolitischen Kurses unterstellte. Ingo Kramer, Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), legte nach mit der Forderung nach einem »Belastungsmotorium für die deutsche Wirtschaft« und mehr »Öffnungsklauseln für Betriebe«. Gesamtmetall-Chef Rainer Dulger schaltete gleich in den Angriffsmodus und drohte der IG Metall mit dem »Ende des Flächentarifvertrags« – dem Herzstück der Tarifautonomie.

Welch ein Unterschied. In der Großen Krise 2008/2009 war man im Arbeitgeberlager noch auf rasche Absprachen aus gewesen, um Massenentlassungen, die auch zu einem Brain-Drain in den Unternehmen geführt hätten, zu verhindern. Damals herrschte eine gewisse Schockstarre angesichts der manifesten Gefahr des Abgleitens in eine Weltwirtschaftskrise, die noch jene der 1930er Jahre in den Schatten gestellt hätte. Gegenwärtig ist die Lage eine andere. Seit Monaten zeichnet sich ein Rückgang in der nahezu zehn Jahre positiv verlaufenden Konjunkturerwicklung ab. In der Metall- und Elektroindustrie sinkt mit der Produktion auch die Produktivität in zahlreichen Unternehmen, was bei nachlaufend noch leicht steigender Beschäftigung (aber bereits sinkendem Arbeitsvolumen) und einem guten Tarifaabschluss 2018 zur Folge hat, dass die Lohnstückkosten steigen (im 1. Hj. 2019 um 8,4% gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Was die betriebswirtschaftlichen Kennziffern dem Management in diesem Umfeld signalisieren, ist: Cost Cutting und kurzfristiges Anpassen des Arbeitsvolumens an die erwarteten Marktschwankungen. Deshalb die Neuauflage der Forderung nach Aushebelung des 8-Stunden-Tages zugunsten einer flexiblen Wochenarbeitszeitregelung. Und noch etwas ist anders: Mit den 24-Stunden-Streiks hatte die IG Metall in der letzten Tarifrunde Durchsetzungskraft bewiesen – neben Warnstreiks, deren Produktionsausfälle leicht auszugleichen sind, konnte spürbarer ökonomischer Druck ausgeübt werden. Da bietet es sich aus

Arbeitgebersicht an, sich über eine Aufweichung des Flächentarifvertrages und der betrieblichen Interessenvertretung Kompensation verschaffen zu wollen.

Als Stichwortgeber für die Angriffe auf die *betriebliche Mitbestimmung* fungieren Medien wie das *Managermagazin*, in dem bereits Ende letzten Jahres (Ausgabe vom 23.11.2018) darüber geklagt wurde, dass die IG Metall ihre Macht ausbaue, »indem sie Unternehmen wie thyssenkrupp und VW dominiere und die Industriepolitik vorgebe«. Schlussfolgerung: »Grenzen für die rote Macht!«

Im Sommer flankierte die *WirtschaftsWoche* die mediale Berichterstattung über die abflauende Konjunktur mit der Titelgeschichte »Sonnenkönig Betriebsrat« (19.07.2019). Das alte System der betrieblichen Mitbestimmung mit »seinen Sonnenkönige(n) mit feudalen Ansprüchen, die die Erbhöfe ihrer arbeitsrechtlichen Macht verteidigen und ihre Saläre verschweigen«, passe nicht mehr zur »modernen Wirtschaftswelt«, so die Botschaft. Schließlich basiere »die individualisierte Arbeitswelt der Start-Up-Gegenwart auf flachen Hierarchien und der Freiheit zur Selbstausbeutung«, schreiben die Autoren und stellten die Frage: »Braucht es noch Betriebsräte?«

Mediale Interventionen wie diese liegen ganz auf der Linie der BDA, die in ihrem Positionspapier zur Digitalisierung bereits im Mai 2015 feststellte: »Neue Kommunikations- und Produktionsabläufe werden eine höhere Geschwindigkeit der Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse in Unternehmen und Betrieben zur Folge haben... Verzögerungspotenziale müssen abgebaut, bestehende Regelungen auf ihre Zukunftsfähigkeit hin überprüft werden.« Will heißen: Angesichts krisenhafter Entwicklungen müsse der »Verzögerungsfaktor« kollektiver Mitbestimmung in den Betrieben eingeschränkt oder ausgeschaltet werden.

Nun ist diese Entwicklung nicht ganz neu: So wurde schon in der Vergangenheit beispielsweise die Unternehmensmitbestimmung durch spezifische Unternehmensformen (Auslandsgesellschaften, europäische SE, Familienstiftungen, GmbH & Co KG) ausgebremst

und durch Unternehmensaufspaltungen unterhalb der Beschäftigtengrenzen unterlaufen oder durch aggressive Union Busting bekämpft. Gerade letzteres hat dazu beigetragen, dass der Anteil der Unternehmen mit einem Betriebsrat seit Jahren sinkt.

Eine für die Gewerkschaften äußerst problematische Entwicklung: Sind doch aktive Betriebsratsgremien und Vertrauensleutestrukturen, Schwerbehinderten- und Jugendausbildungsververtretungen der Schlüssel gleichermaßen für eine erfolgreiche gewerkschaftliche Organisationsentwicklung wie auch für eine aktivierende beteiligungsorientierte Betriebspolitik. Zurecht heißt es in der dem IG Metall-Gewerkschaftstag 2019 vorliegenden Entschließung 3 zur »Betriebs- und Tarifpolitik«: »In den Zeiten der Transformation brauchen wir mehr Mitbestimmung, das heißt mehr Betriebsräte und Vertrauensleute. Die Absicherung betrieblicher Mitbestimmung muss insbesondere bei Ausgliederungen und neuen Geschäftsmodellen, die oft mit neuen Betriebsgründungen verbunden sind, sichergestellt werden. Dies gilt auch für sogenannte Shared Services, auch wenn diese weiter im Konzernverbund bleiben. Arbeitgeber, die betriebliche Mitbestimmung, Betriebsräte und Gewerkschaften systematisch bekämpfen – sogenanntes Union Busting – müssen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden.«

Arbeitgeber fordern Trendumkehr in der Tarifpolitik

Vor allem Metallarbeitgeber nutzen die konjunkturelle Abschwächung, um Weichen für »moderate Tarifabschlüsse« zu stellen. Mit Blick auf die Tarifrunde im Frühjahr 2020 orakelt der Journalist Mathias Schiermeyer, es sei »gerade keine Zeit für den altbekannten ordentlichen Schluck aus der Pulle« (Stuttgarter Zeitung, 12.8.2019). Bis Ende März 2020 läuft der Tarifvertrag für die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie.

»Das Argument, eine schwächere Konjunktur erfordere geringere Tarifabschlüsse, überzeugt nicht«, kritisiert hingegen Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschafts-

forschung (DIW). Tatsächlich habe das geringere Wachstum der deutschen Exporte nichts mit der von den Arbeitgebern beklagten »fehlenden Wettbewerbsfähigkeit« zu tun, sondern mit der Entwicklung der globalen Wirtschaft und dem sich weiter zuspitzenden Handelskonflikt zwischen den USA und China.

In ihrem aktuellen Report »Arbeits- und Lohnstückkostenentwicklung 2018 im europäischen Vergleich«³ stellen auch die IMK-Forscher fest, dass Deutschland angesichts der »langen Phase der Lohnzurückhaltung« vor der Großen Krise weiter »einen Nachholbedarf« hat und deshalb der vorhandene Spielraum nach oben genutzt werden müsse. Der positive Trend von Beschäftigung und Löhnen müsse fortgeschrieben werden, »um die Binnennachfrage in Deutschland zu stützen und Importe zu stärken« und damit globale Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen abzubauen. Eine kräftige Lohnentwicklung hierzulande sei auch für den Zusammenhalt in Europa wichtig.

Schon jetzt steht fest: Die Verteilungskonflikte werden sich auch deshalb verschärfen, weil Unternehmen – allen voran die Automobilproduzenten und in deren Windschatten die Zulieferbetriebe – im Zuge der Energie- und Mobilitätswende versuchen werden, die notwendigen Investitionen für Dekarbonisierung und Digitalisierung auf die Beschäftigten abzuwälzen. Zurecht heißt es in der zitierten Gewerkschaftstag-Entschließung der IG Metall: »Entgrenzung, Flexibilisierung und Produktivität haben keinen Endpunkt erreicht. Die weitere digitale Vernetzung von Wertschöpfungsprozessen, betriebsübergreifende Koppelungen, agile Arbeitsformen, beschleunigte Arbeitsabläufe und verstärkte digitale Kommunikation sind Kräfte, die auf bestehende Arbeitszeitregelungen einwirken. (...) Die erfolgreiche arbeitszeitpolitische Kampagne, die die IG Metall auf dem letzten Gewerkschaftstag startete, (...) muss fortgeführt werden.«

Grund genug für Rainer Dulger, Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, schon jetzt »rote Linien« für die kommende Tarifbewegung zu ziehen. »Wenn alle Unternehmen die

Tarifbindung verlasen, kann die Gewerkschaft zusehen, wie sie sich im Häuserkampf durchschlägt«, höhnte der Chef des Heidelberger Pumpenherstellers »Prominent«.

Die Metallarbeiter haben die Tatsache, dass es der IG Metall – gestützt auf die langanhaltende gute Konjunktur nach der Krise 2008/09 – gelungen ist, in mehreren Tarifrunden nacheinander für ihre Mitglieder beachtliche Erfolge zu erzielen und zuletzt auch erfolgreich eine Reduzierung der Arbeitszeit auf 28 Stunden durchsetzen konnte, noch nicht verarbeitet. Darin sieht der Gesamtmetall-Chef gewerkschaftliche Maßlosigkeit: »Das war einfach zu viel für uns.« Das habe im Mittelstand enorme Verwerfungen ausgelöst und dazu geführt, »dass einige Mittelständler die Mitgliedschaft bei uns gekündigt haben«.⁴

Wird im Geschäftsbericht 2018/19 von Gesamtmetall noch hervorgehoben, dass die Metall- und Elektroindustrie einen Flächentarifvertrag »mit hohem Einkommen weit über dem Schnitt aller Wirtschaftszweige und viel Flexibilität« biete, in dem es »Spielräume für passgenaue betriebliche Lösungen« gebe, beklagt der Verbandschef nun, dass durch die Flächentarifverträge derart viel geregelt werde, dass »kleine und mittelständische Unternehmen überfordert« seien. In ihrem Interesse wolle der Arbeitgeberverband auf der Basis seines »Tarifpolitischen Leibildes« einen »einfacheren, schlankeren, flexibleren und damit attraktiveren Flächentarifvertrag«. Dieser müsse wieder Mindestbedingungen festlegen.

Nach Dulger muss die »Tarifbindung« neu definiert werden. Für Unternehmen könnte auch dann der Flächentarif gelten, wenn sie nur einen

³ Alexander Herzog-Stein/Ulrike Stein/Rudolf Zwiener: Arbeits- und Lohnstückkostenentwicklung 2018 im europäischen Vergleich. IMK-Report 149, Juli 2019.

⁴ Laut Geschäftsbericht 2018/19 des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall gibt es zwei verschiedene Kategorien von Mitgliedsfirmen: 3.419 Mitgliedsunternehmen, die 1,84 Millionen Arbeitnehmer*innen beschäftigen, sind Mitglied im »Tarifverband« und unterliegen dem Flächentarifvertrag. 3.725 Betriebe mit 520.125 Beschäftigten sind Verbandsmitglieder »ohne Tarif« (OT-Mitgliedschaft).

bestimmten Anteil des Regelwerks über-

nehmen: »Wenn ein Tarifvertrag aus maximal 25 Komponenten besteht, könnte man jeden (Betrieb) als tarifgebunden bezeichnen, der mehr als fünf oder sechs davon akzeptiert.« Für die Idee einer »modularen Tarifbindung«, bei der Unternehmen anstelle des ganzen Flächentarifs nur einzelne »Bausteine« wählen können, hatte schon BDA-Präsident Ingo Kramer vor einiger Zeit in einem Gastbeitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* geworben. Das Produkt Flächentarifvertrag müsse »überzeugen«, damit es Abnehmer finde, nur so könne die Tarifautonomie gestärkt werden.

Diese »Rosinenpickerei« stößt bei der IG Metall auf entschiedene Ablehnung. Stattdessen sei es notwendig, das Tarifsysteem als solches zu konsolidieren und zu stärken. Das beginnt damit, den »Trend des Rückgangs der Tarifbindung« umzukehren: »Der Erhalt und die Herstellung von Tarifbindung in Betrieben und Branchen müssen (...) weiterhin Schwerpunkt unserer gewerkschaftlichen Arbeit sein«, wird in der tarifpolitischen EntschlieÙung gefordert: »Konzepte der Arbeitgeber, die eine Tarifierosion verstärken würden, müssen deshalb entschieden abgewehrt werden.«

Tatsächlich gerät der Flächentarif nicht nur in der Metall- und Elektroindustrie immer weiter unter Druck. Partizipierten 1996 noch 70% der Beschäftigten im Westen und 56% im Osten am Flächentarifvertrag, waren es im vergangenen Jahr nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) nur noch 49 bzw. 35%. In gut sieben von zehn Unternehmen in Westdeutschland gilt kein Tarifvertrag, gut vier davon orientieren sich zumindest bei den Entgelten am Flächentarif.

Trotz der deutlich kleiner gewordenen tariflichen Regelungslandschaft scheut Gesamtmetall auch nicht davor zurück, eine Einschränkung des Streikrechts zu verlangen. So fordert der Verband, dass ganztägige Arbeitsniederlegungen künftig nur noch nach einer

gescheiterten Schlichtung erlaubt sein sollen.

Vordergründig sorgt sich Gesamtmetall um die mittelständischen Unternehmen, doch letztlich geht es aktuell um die Interessen der angeschlagenen Automobilproduzenten.⁵ Die IG Metall mache »immer in denjenigen Unternehmen am meisten Rabat, die besonders fest zur Tarifbindung stehen«, so Dülger. Ähnlich argumentierte Gesamtmetall auch während der im Juni dieses Jahres gescheiterten Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung von 38- auf die 35-Stunden-Woche für die Beschäftigten in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie.⁶ In einer Presseerklärung vom 19. Juni hatte es geheiÙen: »Ein Tarifwerk, das lediglich die Interessen der Mitarbeiter von wenigen Großunternehmen in Sachsen und Berlin-Brandenburg im Blick hat, ohne für die Masse der Betriebe und Belegschaften in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern verkraftbar zu sein, zerstört die ohnehin schwache Tarifbindung im Osten.«

Klassische Argumente zugunsten der »Ordnungsfunktion« des Flächentarifvertrages überzeugen wachsende Teile des Arbeitgeberlagers nicht mehr. Die Garantie von arbeitskampffreien Zeiten während der Laufzeit eines Tarifvertrages (»Friedenspflicht«) überzeugt jene nicht, die seit Jahrzehnten keinen Arbeitskampf in ihrem Betrieb zu fürchten hatten. Die Vorzüge »geordneter Konfliktregulierung« werden ebenfalls nur dort wahrgenommen, wo auch tatsächlicher Konflikt droht und demzufolge Regelungsbedarf besteht. Und schließlich hat auch das Argument des Konkurrenzschutzes für tarifgebundene Unternehmen gegen solche, die mit Lohndumping und Rundum-Flexibilisierung »Schmutzkonzurrenz« betreiben, an Überzeugungskraft verloren, weil sich auch die vermeintlich »heile Welt« der »Tariftreuen« nach Bedarf erprobter Dumpingstrategien sei es durch Leiharbeit bzw. Werkverträge, flexibler, kurzfristig angeordneter Arbeitszeiten und wachsendem Leistungsdruck bedient.

Die Erfahrung, die in jenen Teilen des Arbeitgeberlagers gemacht wurde, die in den tarifungebundenen Status ge-

wechselt sind, ist oft jene, dass Sanktionen eben nicht zu befürchten waren. Das strahlt aus, weckt Begehrlichkeiten auch in der »sozialpartnerschaftlichen« Welt. Geradezu zynisch wird die Strategievariante, Unternehmen durch »Häuserkämpfe« in den Tarifvertrag zurückzuholen, als blutleere Drohkulis abgetan. In ihrer Organisationsmacht geschwächte Gewerkschaften seien dazu nicht im Ansatz in der Lage.

Doch so eindeutig ist die Lage nicht. Sicher, Betrieb für Betrieb in den Tarifvertrag zurückzukämpfen, ist ein unrealistisches Unterfangen. Aber realistisch kann eine Doppelstrategie sein. Der eine Strategieteil würde sich den Wertschöpfungsketten widmen. Wenn beispielsweise zwar der Autokonzern dem Flächentarif unterliegt, seine Zulieferer aber nicht, können Streiks zu teuren Unterbrechungen der eng getakteten Liefer- und Wertschöpfungskette führen. Organisieren entlang der Wertschöpfungsketten stellt daher eine gewerkschaftliche Machtressource dar, die zu erproben ist. Das zweite Strategieelement ist die Intensivierung des politischen Mandats. Der konkrete Nutzen liegt auf der Hand, wenn öffentliche Aufträge an die Kondition »Tarifvertrag« gebunden werden, oder wenn eine nicht durch Arbeitgebervotum zu sabotierende Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen Praxis würde. Das erfordert Bündnisperspektiven in größere Teile der Zivilgesellschaft hinein. Unternehmerverbände und ein eher nach rechts hin orientiertes politisches System werden nur dadurch zu beeindrucken sein, dass Gewerkschaften auch in ökonomischen Krisenzeiten mobilisierungs-, ausstrahlungs- und bündnisfähig sind.⁷

⁵ Die Kosten für die Aufarbeitung der Affäre bei VW wegen der millionenfachen Manipulation an Dieselmotoren liegen inzwischen bei rund 30 Milliarden Euro. Die Angelegenheit ist nach wie vor eine schwere Bürde für den Konzern mit seinen zwölf Marken und 660.000 Beschäftigten weltweit. (Handelsblatt, 27.7.2019)

⁶ Vgl. Otto König/Richard Detje: 35 – Die Zeit ist reif! Das zähe Ringen um die 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland – Verhandlungslösung oder Häuserkampf? Sozialismus.de 7/8-2019.

⁷ Forum Gewerkschaften: Machtressourcen für eine progressive Transformation. Was können Gewerkschaften einbringen? Supplement der Zeitschrift Sozialismus.de 9/2019.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

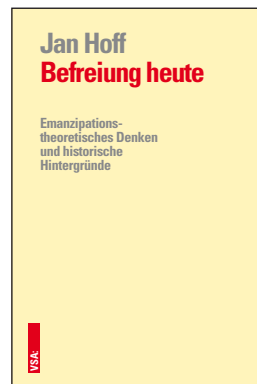
Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de